

Ost-Verhandlungen über Hochschulfinanzen

Die Juso-Hochschulgruppen Sachsen begrüßen Ost-Aspekte im Papier "Für eine sichere und leistungsgerechte Hochschulfinanzierung", welches heute durch die Wissenschaftsminister*innen Birgit Hesse, Dr. Martina Münch, **Dr. Eva-Maria Stange**, Wolfgang Tiefensee und Prof. Dr. Armin Willingmann in Berlin vorgestellt wurde.

"Wir freuen uns, dass die Minister*innen der Ost-Länder die Verstetigung der Bundesmittel für Hochschulen fordern. Wichtig ist, dass wir die Pakte überwinden und Bund sowie Länder dauerhaft in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen", so Jérôme Buske, Sprecher der Juso-Hochschulgruppe Leipzig stellvertretend für die Juso-Hochschulgruppen Sachsen. "Es ist wichtig, dass die Unsicherheit zur künftigen Hochschulfinanzierung zeitnah beendet wird. In Sachsen drohen ab 2020 mit Auslaufen des Hochschulpaktes der Wegfall von zahlreichen Studienplätzen sowie das Absinken auf 95.000 Studierende. Wenn es jetzt gelingt, für eine dauerhafte Finanzierung zu sorgen, werden auch hier die Karten neu gemischt."

"Für uns Studierende ist es wichtig, dass die Qualität der Lehre im Mittelpunkt der Debatten steht. Hierbei kann die Sockelbetragsfinanzierung pro Studienplatz helfen, um Planungssicherheit zu erreichen. So würden erstmals auch Masterstudienplätze mitfinanziert werden, da die Inputsteuerung aufgegeben wird. Mit der Umstellung würde das Geld Studierenden folgen, was der Lebensrealität mit Studiengangs- oder Studienortwechseln eher gerecht wird. Weiterhin kritisch sehen wir die Fokussierung auf Regelstudienzeiten!", so Buske weiter.

"Wenn künftig die Digitalisierung an Hochschulen gelingen soll, dann braucht es auch eine moderne IT-Infrastruktur. Es ist richtig, dass die Ost-Minister*innen hier Bundesforschungsministerin Wanka (CDU) auffordern, erneut in die Co-Finanzierung beim Hochschulbau einzusteigen." Für die Juso-Hochschulgruppen gehören aber auch die entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen der Lehrenden zum Paket. "Hier sind auch die Länder gefordert, die Hochschuldidaktik zu stärken!"

"Soziale Infrastruktur zu erwähnen, ist nett, allerdings fehlt diesem Punkt die Untersetzung. Wir benötigen auch einen Hochschulsozialpakt! Zudem ist es eine Farce, wenn von einer 'bedarfsgerechten' Anpassung des BAföG gesprochen wird. Erst letzte Woche hat das Deutsche Studierendenwerk eindrücklich aufgezeigt, dass die BAföG-Sätze nicht zum Leben reichen. Hier muss sich nach der Bundestagswahl etwas tun, damit die Studierenden nicht im Regen stehen bleiben!", mahnt Buske. "Die sächsischen Hochschulgruppen stehen Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange gerne zur Seite, um diesen Punkt weiter zu qualifizieren, um eine echte BAföG-Reform anzustoßen. Fest steht, die Aspekte "Hochschulsozialpakt" und "BAföG-Reform" müssen als weitere feste Forderungen ins Papier einfließen, um künftige Verhandlungsgrundlage zwischen Bund und Ländern zu sein", so Buske abschließend.